

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags um 6 Uhr Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 2/4, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2/8, halbjährlich 5/4, pro Bogen 10 Pf. Postzeitungsliste Nr. 774.

Volkswacht

Subscriptionen: 1/2 Jährlich für die Expedition 2/8, für die Post 3/4, für die Kolportage 1/2. Einmalige Beiträge: 10 Pf. pro Bogen. Einmalige Beiträge für die Expedition 10 Pf. pro Bogen. Einmalige Beiträge für die Post 10 Pf. pro Bogen. Einmalige Beiträge für die Kolportage 10 Pf. pro Bogen.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 223.

Freitag, den 23. September 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Gewissenszwang in Preußen.

Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses wird nach Artikel 12 der Verfassungsurkunde für den preussischen Staat einem jeden gewährleistet. Um diese Bestimmung haben sich diejenigen, die doch in erster Linie zur Ertüchtung der Verfassung berufen sind, die Behörden, leider nicht immer gekümmert und die Mehrheit des Landtages hat nicht immer den Muth besessen, gegen das verfassungswidrige Vorgehen der Regierung Protest zu erheben. So namentlich in der Frage des Religionsunterrichts für Dissidentenkinder. Früher, unter den Ministern Falk und von Goltz, waren die Dissidentenkinder, sobald die Eltern dies ausdrücklich wünschten, vom Religionsunterricht in den Volksschulen dispensirt worden. Als so unter ihrem Anführer, dem Grafen von Zedlitz-Trützschler, der durch Erlass vom 12. Januar 1892 verfügte, daß die Dispensation nur unter der Bedingung erfolgen dürfe, daß „für den religiösen Unterricht des Kindes anderweit nach behördlichem Ermessen in ausreichender Weise gesorgt ist.“ Die Behörde sollte also darüber entscheiden, ob der Religionsunterricht ausreichend sei, und diese Verordnung sollte sogar in das bekannt: Volksschulgesetz mit aufgenommen werden und Gesetzeskraft erlangen. Die mit der Vorberathung des Gesetzes betraute Kommission verwarf jedoch diese Bestimmung und schuf stattdessen einen Paragraphen, wonach Kinder, welche nicht einer vom Staat anerkannten Religionsgesellschaft angehören, an dem Religionsunterricht in der Schule theilnehmen sollen, falls nicht die Eltern oder deren Stellvertreter das Gegentheil verlangen.

Also selbst in diesem reaktionären Volksschulgesetz, gegen das sich die öffentliche Meinung so empörte, daß die Regierung den Entwurf zurückzog, war von einem Zwang bezüglich des Religionsunterrichts der Dissidentenkinder keine Rede. Und trotzdem verfährt der jetzige Kultusminister Dr. Boffe genau so, wie der Graf v. Zedlitz, er führt die Dissidentenkinder zwangsweise dem Religionsunterricht anderer Konfessionen zu und beruft sich hierbei auf ein Erkenntnis des Kammergerichts, das früher einmal im entgegengesetzten Sinne, später aber im Sinne des Ministers entschieden hat. Die lebhafteste Unterstützung findet er hierbei bei seinen konservativen Freunden im Abgeordnetenhaus, die, als im vorigen Jahre die Freisinnigen durch einen Initiativantrag die Frage regeln wollten, an dem Verhalten des Ministers absolut nichts auszusetzen wußten, obwohl selbst der nationalliberale Redner der Regierung den Vorwurf machte, durch ihre Politik in Bezug auf diese Frage fortgesetzt die Verfassung zu verletzen. Der freisinnige Antrag wurde damals einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen, doch trat die Kommission in Folge des bald darauf erfolgten Sessionschlusses überhaupt nicht zusammen.

In der letzten Session reichten die Freisinnigen ihren Antrag von Neuem ein, er blieb jedoch wiederum unerledigt. Nach wie vor werden alle die Kinder von Dissidenten Seitens des Ministers zur Theilnahme an dem Religionsunterricht einer anderen Konfession gezwungen werden. Ist es zu hoffen, daß der neu zu wählende Landtag die Energie und den Willen besitzt, diesem Gewissenszwange ein Ende zu machen?

Bismarck-Indiskretionen.

Moritz Busch, der „Leibjournalist“ Bismarcks, hat in einem bei einem englischen Verleger erschienenen Buche „neue

Bismarckentwürfungen“ zum Besten gegeben. Die in diesem Buche enthaltenen entsetzlichen Indiskretionen über männliche und weibliche Mitglieder des Hohenzollernhauses und sonstige hochstehende Persönlichkeiten lassen „Busch'schen“ als wahres Schredenskind unserer Bismarckandeter erscheinen. Die „Hamburger Nachrichten“ sagen daher, die Busch'schen Publikationen könnten, abgesehen von beglaubigten Aktenstücken, als Geschichtsquelle nicht gelten. Da ein Stenographen am Theatrisch ausgeflossen war, so seien die Notizen nur nach dem Gedächtniß hergestellt, und da Busch immer schwerhörig gewesen wäre, so seien Mißverständnisse wahrscheinlich. Schon der saloppe Stil beweise, daß von wortgetreuer Wiedergabe keine Rede sei. Das Werk enthalte erhebliche Irrthümer und müsse als fälschlich bezeichnet werden. Wenn Busch beim gelegentlichen Ordnen von Papieren Bismarcks Abschriften anfertigte, so geschah dieses ohne Wissen des Fürsten und sei als Indiskretion anzusehen.

Das sind natürlich alberne Flausen. Das neueste Matzschbuch ist genau in dem gleichen Geiste geschrieben wie das ältere aus den 70er Jahren, und giebt genau das gleiche Charakterbild des Fürsten Bismarck. Gegen das frühere Matzschbuch, das von ebenso horriblen Indiskretionen wimmelt, hat aber Fürst Bismarck niemals Einspruch erhoben. Im Gegentheil: er hat die Richtigkeit wiederholt ausdrücklich anerkannt, und dem Verfasser seitdem fortwährend neues Material geliefert. „Busch'schen“ mag ein noch so gesinnungs- und gewissenloser Politiker sein, aber ein wahrheitsgetreuer Bismarck-Chronist ist er zweifellos. Mit dieser Thatsache werden die Bismarck-Andeter sich abfinden müssen, daran wird auch der von Herbert Bismarck in den „Hamb. Nachrichten“ Busch'schen applizierte kalte Wasserstrahl nichts ändern. Vielen Bismarck-Verehrern ist die neueste Busch'sche trotz aller Entschuldigung, die sie zur Schau tragen, aus der Seele geschrieben.

Wegen Veröffentlichung seiner Bismarck-Erinnerungen in England ist Moritz Busch übrigens von dem Stuttgarter Verlagshandlungsbüchler Kröner wegen Kontraktbruchs verklagt worden. Busch hatte sich 1891 Kröner gegen. Aber zur Befreiung einer drei- oder vierbändigen Bismarck-Biographie kontraktlich verpflichtet.

Militärisches.

Ueber die Niederstichung des Sergeanten Scheinhardt durch den Rittmeister Grafen Stolberg-Wernigerode wird dem „Vorwärts“ aus Straßburg i. E. unterm 20. September weiter geschrieben: Erst jetzt, nachdem bald eine Woche darüber hingegangen, werden in der Presse nähere Einzelheiten über die gräßliche That bekannt, deren sich einer von den „Besten der Nation“, ein militärischer Vorgesetzter an einem ihm Untergebenen schuldig gemacht hat. In der Nacht vom 14. auf den 15. September hatte das in Saarburg garnisonierende Ulanen-Regiment Nr. 15, früher in Straßburg, im Verbande des XV. Armeekorps auf den Anhöhen bei Hatten in der Nähe von Hagenau im Unterelss-Bivoual bezogen. Der Sergeant Scheinhardt der 4. Eskadron versah die Funktionen des Quartiermeisters und hatte über den Selbstmörder des Regimentes, welchem die Zubereitung der Speisen oblag, die Oberaufsicht. Scheinhardt wurde im Laufe der Nacht, welche dem traurigen Vorfall vorausging, zum Fourage-Empfang kommandirt. In seiner Abwesenheit vergaßen die beim Kochen beschäftigten Soldaten, den Summireisen am Kochapparat zu schließen, mit welchem derselbe luftdicht abgeschlossen zu werden pflegt. Die Folge davon war, daß das Essen sauer wurde. Als der Schwadron Abends das Essen ausgegeben werden sollte, war der Sergeant Scheinhardt in Hatten anwesend, wohin er sich begeben hatte mit dem Befehl, Lebensmittel zu beschaffen. Bei seiner Rückkehr war das Essen bereits unter die Mannschaften verteilt. Rittmeister Graf zu Stolberg-Wernigerode stellte hierauf Scheinhardt wegen des verbotenen Essens zur Rede. Dieser entschuldigte sich mit dem Hinweis darauf, daß er während

der Zubereitung abwesend gewesen sei, eine Schuld ihm also nicht treffen könne. Später erneuerte der Rittmeister seine Vorwürfe, wobei er dem Sergeanten u. A. jurte, er sei der größte Schuft, der gemeinste Hund im Regiment. Der dadurch sehr erregte Scheinhardt wußte sich trotzdem völlig zu beherrschen und erwiderte dem Grafen bloß, er glaube, diese Bezeichnungen nicht zu verdienen. Darauf erhielt er von dem Rittmeister eine derart wuchtige Ohrfeige, daß er gegen einen Wagen taumelte. Als nun Sergeant Scheinhardt zu einigen seiner Kameraden, die Zeugen des Vorganges waren jagte: „Ihr habt gesehen, daß ich geschlagen worden bin“, zog Graf Stolberg seinen Säbel, schlug Scheinhardt mit demselben zuerst gegen das Bein und stach ihm dann in die linke Kopfsseite. Scheinhardt zog sein Taschentuch, um das Blut abzuwischen, stellte sich nochmals in stromer Haltung, fiel aber dann demüthig nieder. Der schwer Verletzte wurde noch an demselben Abend nach Hagenau in's Lazareth verbracht, starb aber am 15. September, Abends 7/9 Uhr, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Gestern, Montag, Nachmittags fand in Hagenau das Begräbniß des in so trauriger Weise ums Leben gekommenen Mannes statt. Eine große Schaar von Civilpersonen, die dem Verstorbenen im Leben nahe gestanden, Abordnungen seitens der Offiziers- und Unteroffizierskorps von Hagenau und Saarburg gaben ihm das letzte Geleit. Hinter dem Sarge schritt der tiefgebeugte Vater des Getödteten, die Brust geschmückt mit Ehrenzeichen, die er sich als Soldat in drei Kriegen erworben; neben ihm gingen die Erben des Verstorbenen, von denen der eine als Feldwebel beim Infanterie-Regiment 187 in Hagenau, der andere als Husar in Braun-schweig dient.

Der erstkündige Sergeant Scheinhardt ist in Schönwerda in Thüringen als Sohn eines Handwerkers geboren. Der Vater ist ein alter Juraliste, den der Sohn zu unterstehen hatte. In die schwer geprüfte Familie des Verstorbenen, der stets der beste Sohn und Bruder war, schlug die erschütternde Kunde wie ein Blitz ein. Der bereits seit Jahren kränkliche Vater Scheinhardt verlor in seinem Sohn die beste Stütze.

Graf zu Stolberg-Wernigerode steht seit etwa 7/8 Jahren beim Manöverregiment Nr. 15 in Saarburg (früher in Straßburg) und ist nahezu 60 Jahre alt. Früher hatte er bei den 12. Husaren gedient, war aber, weil er seinen Vorgesetzten unzufrieden hatte, zurückgesetzt und längere Jahre nicht mehr als Offizier zugelassen worden. Er soll auch im gewöhnlichen Dienst sich durch übermäßige Schnelligkeit hervorgethan haben.

Die geplante „Abänderung“ des Koalitionsrechtes scheint doch bei verschiedenen Regierungen Widerspruch zu begegnen. Die „All. und pol. Corr.“ schreibt in ihrer kranken gewundenen Sprache:

„Es gilt nicht für ausgeschlossen, daß gegen die beabsichtigte Verschärfung der Bestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung zum Schutze Arbeitswilliger im Sinne vielbesprochener Rundgebungen der letzten Jahre von Seiten einzelner verbündeter Regierungen erhebliche Bedenken werden geltend gemacht werden.“

In diesen Regierungen soll, wie kürzlich gemeldet wurde, die bayerische gehören, was freilich offiziell dementirt wurde. Von der württembergischen nahm man als selbstverständlich an, daß sie opponiren werde. Nun aber scheint es, als ob das ministerielle Widerstreben sich nicht auf die süddeutschen Höfe beschränke.

Die National-Sozialen wollen auf ihrem nächsten Parteitage auch zur Bedrohung des Koalitionsrechtes Stellung nehmen. Ein Antrag Wendt, gestellt zum Politischen Jahresbericht, unterstützt von den Leipziger Delegirten, fordert:

Der national-sozialen Delegirten tag wolle in Darmstadt folgender Resolution zustimmen:
1. Angesichts der drohenden Verkümmern des Arbeiterkoalitionsrechtes durch eine in Aussicht gestellte Gesetzgebung, welche die Bewegungsfreiheit der Arbeiter, vor allem bei Arbeitseinstellungen behindern soll, erklären wir es als eine nationale und soziale Pflicht, gegen diese Gesetzgebung zu protestiren, da durch dieselbe dem Wert der Sozialreform entgegengetrieben wird.

„Aber dieses Bild muß doch einem jeden Menschen den Appetit verderben?“

„Ach was! Ob ich esse oder hungere, deshalb werden die Leute doch nicht wieder lebendig!“ sagte der Ingenieur trocken. —

XXVII.

Eravin macht Karriere.

Wie zu erwarten stand, warf Dominika v. Busch die Krante nicht sobald ins Korn; sie kämpfte. Sie wollte, wenn sie die Tischernomorgew nicht übertrumpfen konnte, wenigstens ihre Position behaupten. Sie miethete einen noch feineren Portier, lockte Pfiffschew's Koch zu sich herüber und ließ sich für ihre Diener Perrücken aus Paris kommen. Doch auch die Tischernomorgew waren nicht müßig. Tatjana Borissowna engagirte den chef de cuisine des aristokratischen Jagdclubs, und das demnächstige Abendessen bei den Tischernomorgew übertraf alles bisher von der Frau v. Busch Gebotene.

Dominika Stanislawowna hörte, daß ein neuer Kakart nach Petersburg gebracht worden sei; sie erwarb ihn und stellte ihn bei sich aus. Tischernomorgew ließ sich einen berühmten Pianisten aus Paris kommen und gab eine große Gesellschaft. Am nächsten Tage hieß es im „Schlüssel“: Vor einigen Tagen waren wir bei der lebenswürdigen Frau v. Busch und sahen dort ein Bild, angeblich eine neue Schöpfung Jans Kakarts. Wir schweigen bisher aus Höflichkeit, doch da gestern der große Maler das Original dieses Bildes persönlich an H. Tischernomorgew verkauft hat, müssen wir der Sache Erwähnung thun, wenigstens wir anerkennen, daß das Bild der Frau v. Busch eine ziemlich gelungenere Copie der Kakart'schen Schöpfung genannt zu werden verdient. — Dominika Stanislawowna wurde beim Lesen dieser Notiz fast vom Schlag gerührt. In ihrem

Die Fürsten der Börse.

Roman von Wassily Remirowitsch - Dantschenko.

Uebersetzt von Dr. H. Marlow und A. Stein.

Dort das Gesicht! Ruhig starrten die Augen des Toten in die Ferne, auf den blutlosen Lippen schwebt sogar ein Lächeln und erfüllt das Herz des Beschauers mit Grausen. Dort liegt eine Menge ausgegrabener Leichen unordentlich neben einander. Der Fuß der einen auf dem Gesicht der anderen. Dort liegt ein Kind, ruhig, als ob es schlief, nur das Gesicht ist mit Blut bespritzt, und an dem einen zertrümmerten Händchen hängt das schwarz gewordene Fleisch in Fetzen herab.

„Das ist entsetzlich! Das ist grauenhaft!“ sagte Pfiffschew, schandernd.

Jetzt ist man bei den arbeitenden Bauern angelangt. Die eisernen Spatzen bringen tief in die weiche Erde hinein.

„Gräß Gott, Leute!“

„Gräß Gott!“

Immer tiefer bringen sie in den Erdboden. Jetzt arbeiten die Leute vorächtiger, denn etwas Helles schimmert hervor; es sind Gesichter, blaue und grüne Gesichter. Einigen ist die Haut von den Eisen losgerissen.

„Wozu sollen wir die Leichen noch weiter ausgraben?“ fragen die Arbeiter, „der Allmächtige hat sie ja selbst begraben. Vielleicht finden wir noch lebende Personen!“

„In dieser Tiefe?“

Und noch langsamer und vorächtiger werden die Eisen in die nachgebende Erdmasse hineingeböhrt. Jetzt kommen ganze Körper zum Vorschein.

Pfiffschew ging weiter. Dort liegt ein umgefügter

Wagen und hat einen alten Mann, in einen Berg gefällt, unter sich begraben.

Der Alte lebt noch und schaut herzzerreißend. Pfiffschew beugt sich zu dem Unglücklichen hernieder. In dem schon leichenähnlichen Gesicht rollen die Augen wie die eines Wahnsinnigen.

Umsonst berühren sich die Arbeiter, den Körper von der fürchtbaren Last zu befreien.

Aus einem tief in den weichen Erdboden eingegrabenen Wagon hört man dumpfe Seufzer herausfliegen.

„Gestern war es noch laut da unten, heute ist es schon stiller geworden“, sagen die Arbeiter leise und flüsternd, als fürchten sie, einen Schlafenden zu stören.

„Vorgestern hat da unten eine Frauenstimme laut geweint und gellagt!“

Auf der anderen Seite liegt eine elegant gekleidete weibliche Leiche, das junge hübsche Gesicht nach dem Himmel gerichtet. Die Brust ist eingedrückt, und die ausgereinigten Hände hängen schlaff herab.

Pfiffschew kragt. Er kennt das Gesicht, er kennt sie genau. Die regelmäßigen feinen Züge, diese großen dunklen Augen! Wie oft sah sie auf seinem Schooße, und er spielte lächelnd mit ihren langen seidenweichen Locken. Er wendet sich fröhlich ab, doch der Blick der Toten folgt ihm und scheint ihm vorwurfsvoll zu sagen: „Kannst Du mich, Mann? Warum bist Du so bleich, so fürchtbar bleich, Du wider Freischumpen?“

„Ich kann nicht weinen — genug für heute!“

„Ja, es ist Zeit, Mittag zu essen“, sagte der neben ihm gehende Ingenieur leichthin. „Ich habe einen prächtigen Rothwein mitgebracht.“

„Sie sind nach dem Gesehenen noch im Stande, zu essen und Wein zu trieken?“

„Sie atmet? Ich habe Gottlob einen guten Appetit.“

Vor allem aber werden wir auch in den Provinzen mit bäuerlicher Bevölkerung und ohne Großstädte und Gutsbezirke unser Hauptaugenmerk auf die Arbeiter und auf die Wahrnehmung ihrer Interessen richten müssen. Das sind unsere natürlichen Anhänger und sie werden uns so leichter zugänglich sein, als deren Interessen und Bedürfnisse bisher von keiner anderen Partei berücksichtigt worden oder in Zukunft berücksichtigt werden können. Ueber die Lohn-, Arbeits- und besonders Wohnverhältnisse der Arbeiter auf den Gütern des Großgrundbesitzes haben wir mehrfach authentische Mittheilungen, die uns häufig ein erschreckendes Bild über die dortigen Zustände geben. Derartige Untersuchungen über die Lage des bäuerlichen Gefolges fehlen fast vollständig und doch unterliegt es für den Kenner nicht dem geringsten Zweifel, daß in manchen bäuerlichen Gegenden das Gefolge unter Verhältnissen lebt und besonders wohnt, die den schlimmsten Zuständen auf den ostelbischen Gütern in Nichts nachstehen. Wenn diese Zustände bisher weniger in die Erscheinung traten, so wohl nur aus dem Grunde, daß der Bauer häufig fast eben so schlecht lebt und wohnt wie das Gefolge, also der Kontrast fehlt, den das Herrenhaus der Junker und die Behausung der Arbeiter bietet. Sinaus aus dem Land wird also nach wie vor unsere Parole bleiben, wir können aber auch dort unsere Erfolge nicht als Bauern-, sondern nur als Arbeiterpartei erzielen.

Das starke Anwachsen unserer Partei bei den letzten Wahlen scheint für die Gegner ein neuer Aufsporn zu sein, von ihren Kampfmitteln noch mehr als bisher Gebrauch zu machen. Hunderte von Arbeitern wurden nach der Wahl aus ihren Arbeitsstellen entlassen, bloß weil man sie im Verdacht hatte, daß sie am Wahltag für einen Sozialdemokraten gestimmt haben, oder weil sie einen Stimmzettel oder ein Flugblatt für einen Arbeiterkandidaten weiter gegeben haben. Besonders auf den rüstlichen Gruben und Bergwerken und den Staatswerkstätten wurde die Strafungsrichterei dieses Mal in schamloser Weise getrieben und damit Unglück und Noth in zahlreiche Familien getragen. In besonders brutaler Weise wurden diese Maßregelungen der Arbeiter, ihrer politischen Ueberzeugungen wegen, in den obersteleischen Industriebezirken durchgeführt. Daß die Arbeiter zu den Parteien durch eine Anzahl Prozesse gegen unsere Arbeiter und Preisorgane anhängig gemacht sind, beweist sich bei unseren politischen Verhältnissen und der Meinung in den maßgebenden Kreisen, daß zwar selbst in der rüstlichen Opposition nicht den geringsten Zwang aufzulegen, dafür aber jedes unvorsichtige Wort des politischen Gegners mit Polizei und Staatsanwalt zu verfolgen, von selbst.

Ein Muth schmutzigster Angriffe und aus dem Jüngeren gesogener persönlicher Verleumdungen ergoß sich aus dem bekannten hülfslosen Flugchriften-Bericht über unsere Partei und ihre bekannteren Führer, und keine der politischen Parteien verschmähte es, sich aus dieser trüblichen Quelle stehenden Urmasches im Kampfe gegen uns zu bedienen.

Als Folge der Wahlbewegung und als Zeugniß für den Verker, den unter Nachsthum an gewissen Stellen herrscht, verdient auch die jetzt im großen Maßstabe betriebene Reinigung der Kriegervereine von oppositionellen Elementen und speziell von Sozialdemokraten Beachtung zu werden. Generale, die aus uns unbekanntem Grunde in der Linie nicht mehr Verwendung finden, und die ihre dadurch gewonnenen Mußstunden den Kriegervereinen als Leiter widmen, haben sich nach der Wahl in Neben und Aufzügen mit brüderlichem Pathos an ihre Kameraden gewandt und dieselben aufgefordert, die räudigen Schafe aus ihren Vereinen auszuschießen. Das geschieht denn jetzt auch auf der ganzen Linie und zwar mit einem Eifer, daß nicht nur die sozialdemokratische Bekannung verdächtigen Mitglieder, sondern auch Welken, Freisinnige, ja sogar auch Antisemiten dieser Regierung bereits zum Opfer gefallen sind. An sich eine lächerlich-kleinliche Maßregel, erhält sie ihre charakteristische Bedeutung dadurch, daß der Ausschlossene nicht von seinen geleisteten Beiträgen zurückhält, aber alle erworbenen Rechte verliert. Je mehr Opfer also die Bekannungsrichterei aufzählt, desto profitabler gestaltet sich die Mitgliedschaft für den verbleibenden Rest. Patriotismus und Geschäft gehen also auch hier treulich Hand in Hand.

Leider haben uns die diesmaligen Reichstagswahlen einen Vorgang gebracht, wie er seit der Vereinigung der beiden Parteien im Jahre 1875 nicht mehr beobachtet ist und sich hoffentlich auch in Zukunft nicht mehr wiederholen wird. Der leidige Zwist unter den Genossen im Wahlkreise Solingen, der schon so viele Parteitage beschäftigt hat und den man nach den Beschlüssen des vorjährigen Parteitags und nach den Erklärungen der beiden Parteien, die bei dieser Gelegenheit abgegeben wurden, in der Partei als endlich beigelegt betrachtet hat, er brach Angesichts der bevorstehenden Neuwahlen mit erneuter Heftigkeit aus. Obwohl seitens der Parteileitung Alles geschah, um den Hamburg-Beschluß durchzuführen und Georg Schumacher, unter der Forderung, daß er die vom Partei-Vorstand in Vorschlag gebrachten Arrangements der Solinger Blatt- und Druckverhältnisse als Ausführung der Hamburger Beschlüsse anerkannte, es erreichte, daß mehrere Tausend Mark Parteigelder zur Verfügung gestellt wurden, um Verpflüchtungen aus der Schumacher'schen Blattgründung zu decken, für welche Schumacher neben einigen seiner Freunde die Bürgschaft übernommen hatte, brach er doch nach dem Empfang des Geldes in Hamburg und dem Parteivorstand gegenüber verständetes Wort. Unter lächerlichen Vorwänden behauptete er später, die in Hamburg gemachten Zusagen seien vom Vorstand nicht erfüllt und deshalb sei auch er an sein gegebenes Wort nicht mehr gebunden. Er ließ sich von seinen Freunden wieder als Kandidat aufstellen und die Folge war, daß im Kreise zwei sozialdemokratische Kandidaturen sich gegenüber standen. Von Seiten des Parteivorstandes wurde nichts veräußert, um die Parteigenossen und Arbeiter des Kreises über den wüthlichen Sachverhalt und den eigentlichen Schuldigen aufzuklären. Der Erfolg blieb auch insofern nicht aus, als von den fünf in dem Kreise aufgestellten Kandidaten Schumacher erst an dritter Stelle rangirte, während unser Parteikandidat mit einem Liberalen in die Stichwahl kam. Bei dieser zeigte es sich nun erst klara, wie vollständig entsetzt Schumacher der Partei bereits war. Statt, wie von seinen alten Parteibekanntesten als selbstverständlich betrachtet wurde, nunmehr seine Anhänger aufzufordern, wie ein Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den Liberalen einzutreten, stellte er Bedingungen für seine Entscheidung bei der Stichwahl, die einfach für jeden Ehrenmann unannehmbar waren und denen man es auf den ersten Blick an sah, daß sie nur gestellt waren, um eine Verhinderung unmöglich zu machen. Unsere Genossen im Kreise gaben die einzige, einem solchen Verhalten gegenüber gebührende Antwort, sie strakten den schändlichen Verräther mit Verachtung, nahmen aber den Stichwahlkampf mit verdoppelter Energie auf. Schumacher aber und das Gros seiner Anhänger schweifte zu den Liberalen ab und verhalf diesen auch zum Siege.

So ist der Partei ein toller und sicherer Schlag ins Versehen gegangen durch das verrätherische Gebahren eines Mannes, der sich seit 30 Jahren zu ihr zählte und sie 14 Jahre als Abgeordneter im Reichstag vertrat.

Die Genossen im Solinger Kreise haben Schumacher und fünf Genossen aus der Partei ausgeschlossen. (Fortsetzung folgt)

Die preussischen Landtagswahlen.

Zwist im freisinnigen Lager.

In den Berliner freisinnigen Wählervereinigungen kommt es jetzt wieder von Neuem zu heftigen Auftritten über die Kandidatenfrage und zu scharfen Angriffen gegen die Parteileitung und deren anwesende Mitglieder. Während eine Versammlung des Oranienburgerthor-Bezirksvereins beschloß, mit allen Kräften für die Wiederwahl von Widow und Knoert einzutreten, liegt in einer Versammlung des Vereins der Prenzlauer und Schöndahner Vorstadt das fröndliche Beharren nach sämmtlichen Erweiterungen wurde beschlossen. Der Verein spricht die feste Erwartung aus, daß der Wahlverein des 6. Wahlkreises bei Beratung der Kandidatenfrage der Verjüngung der Partei genügend Rechnung

trogen wird. Der Verein erwartet, daß die Nominierung der Kandidaten nur in einer vom Wahlverein einberufenen Versammlung der Wähler zur Entscheidung gelangt.

Das polnische Provinzialwahlkomitee

hat jetzt einen Wahlaufsatz erlassen, es heißt darin u. A.: Bei der Wahl der Kandidaten soll nur das Allgemeinwohl im Auge behalten werden. Als Abordnete können nur solche Männer gebraucht werden, die im Stande sind, für die vertriebenen Rechte der Polen voll und ganz einzutreten, ferner solche, die gegen die den Polen fast täglich zugefügten Ungerechtigkeiten einzutreten und gegen die eventuell gegen die Polen sich richtenden Ausnahmegeetze Protest einzulegen wissen; Aber dies müssen die Kandidaten befähigt sein, sich an allen parlamentarischen Arbeiten zu betheiligen. Der Wahlaufsatz schließt mit den Worten: Denkt daran, Landsleute, daß die Landtagswahlen einen der wichtigsten Augenblicke in unserem politischen-nationalen Leben bilden. Die brutale Prosa unseres Lebens gebietet uns, Angesichts der heiligen Sache unsere Kräfte zu sammeln u.

Nationalsoziale Kandidatur.

In Benthelm-Lingen kandidirt der bekannte national-soziale Schriftsteller und frühere Redakteur der „Zeit“ Herr v. Gerlach.

Abwardt

hat in Friedberg-Answalde seine Kandidatur aufgestellt. Auch der nicht minder berühmte Herr Seblacel wollte für den Landtag kandidiren.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Arbeiters Heinrich Spigmann, der am 1. Mai vom Landgericht Königsberg i. Pr. wegen Beleidigung der Kaiserin verurtheilt worden ist.

Das Landgericht zu Würzburg verurtheilte den ledigen Schmied Wilhelm Schweitzer von Herberthshofen wegen Beleidigung des Prinzregenten von Bayern zu vier Monaten Gefängniß.

Wegen Majestätsbeleidigung war gegen den Herausgeber des Münchener Witzblattes „Der Pfiffikus“, Kost, Untersuchung eingeleitet worden, weil er in einem Artikel, betitelt: Ich verbitte mir den Ton Ihrer Weife, das Telegramm des deutschen Kaisers an den Graf-Regenten von Lippe ins Chinesische übertragen hatte. Dieser Tage wurde jedoch gegen Kost das Verfahren eingestellt.

Der gegen Liebknecht geplante Majestätsbeleidigungsprozess hat nach der vor drei Wochen vom „Vorwärts“ gebrachten Mittheilung noch ein weiteres Stadium durchlaufen. Wie Liebknecht heute durch eine Zuschrift des Landgerichts Wiesbaden erfährt, hatte der Staatsanwalt sich bei dem ablehnen Bescheid des Landgerichts Wiesbaden nicht beruhigt, sondern an das Oberlandesgericht zu Frankfurt a. M. mit einem Rekurs gewandt. Aber auch hier hat er kein Glück gehabt. Sein Antrag ist auch vom Oberlandesgericht zurückgewiesen worden und die Sache nun endgültig begraben.

(Einde der Redaktion politische Uebersicht.)

Arbeiterbewegung.

Der 5. internationale Glasarbeiterkongress ist am Sonntag in Berlin zusammengetreten. Aus England waren 7, aus Deutschland 15, aus Dänemark 2, aus Norwegen und Belgien je ein Delegirter vertreten. Der Kongress nahm eine Resolution an für Einführung eines Minimallohnes, Abschaffung der Akkordarbeit, Einführung des Achtstundentages. Ferner nahm der Kongress eine Resolution an zu Gunsten des Freihandels. Da das System des Schutzes für das wirtschaftliche Leben der Nationen dieselben Nachteile zur Folge habe, wie der bewaffnete Friede und dadurch dasselbe insbesondere die Arbeiter der Glasindustrie schwer geschädigt werden, müßten in allen Ländern alle Bestrebungen zur Befestigung des Schutzes seitens der organisirten Glasarbeiter mit allen wirtschaftlichen und politischen Kampfmitteln gefördert und unterstützt werden.

Auf der Hugo-Zimhütte in Antonienhütte (Ober-Schlesien) haben, wie gemeldet wird, am Mittwoch sämtliche Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, ohne daß ihnen die geforderte Lohnzulage von der Verwaltung bewilligt worden wäre.

Der Glasarbeiterstreik in Hildburghausen ist entgegen der Meldung bürgerlicher Blätter nicht beendet, sondern dauert nach wie vor fort.

Die angeordnete Aussperrung sämtlicher Maurer in Deutschland, die nach einem Beschluß der Bauunternehmer auf dem diesjährigen Jnnungstagen in Breslau erfolgen soll, um die Organisation der Maurer zu sprengen, hat unter den Arbeitern lebhafteste Entrüstung hervorgerufen. Schon jetzt an allen Orten eifrig gerüstet, damit die Organisation der Arbeiter dieser brutalen Unternehmung mit kräftigen Mittel pariren kann. Dem Beispiel der Berliner Maurer, die sofort eine höhere Beitragsleistung für den Streikfonds festsetzten, sind die Bauhandwerker in Breslau und Leipzig gefolgt. Die Versammlungen waren überaus stark besucht. Das Fachorgan der Maurer, der „Grundstein“, fordert in seiner letzten Nummer gleichfalls auf, die Pläne der Unternehmer und der Regierung dadurch zu scheitern zu machen, daß jeder Berufsgenosse Mitglieder für den Verband wirbt und Gelder für den Streikfonds sammelt. Dem Beispiel der größeren Orte werden gewiß die Bauhandwerker in kleineren Städten folgen, und so dürfte den Bauprojekten die Durchführung ihrer schmutzigen Pläne sehr erschwert werden.

Aus aller Welt.

Ein Familiendrama hat sich am Dienstag Abend zu Dortmund zugetragen. Der jüngst aus framer Stellung entlassene Hülfs-Gefangenenaufseher Biener hatte, anscheinend in einem Anfall von Geistesstörung, den Einschluß gefaßt, seine Frau und seine zwei Kinder ums Leben zu bringen. Auf seiner Frau leuerte er einen Revolverbeschuß ab, der glücklicherweise fehlging, worauf diese sich mit dem älteren Kinde flüchtete. Der Mann ergriff hierauf einen Schusterhammer und zertrümmerte damit den anderen zweijährigen Kinde den Schädel, so daß das arme Mädchen bald seinen Geist aufgab. Dann versuchte Biener, sich selbst zu erhängen, was er jedoch gekümmert wurde. Mittwoch Morgen fand die Polizei in der Wohnung des Verstorbenen einen Brief aus dem hervorging, daß B. auch dem ersten Staatsanwalt Hoermann und dem Polizey-Inspektor Wabert nach dem Leben trachtete, weil diese ihn angeblich aus seiner Stellung gedrängt hätten.

Verhaftet hat die Altonaer Kriminalpolizei drei in Altona wohnende Personen, die seit längerer Zeit systematisch die in Altona abzunehmenden D-Jüge ausplünderten. In den Wohnungen der Verhafteten wurden eine Urnase Handlöcher, Schwären aus der Zugführer, Goldwaaren und Zug-Utenilien vorgefunden.

Von einer schrecklichen Kieberseuche, die in Folge eines Wollensbuchs in Andalusien heimgekehrt. Die Epidemie zwischen Ronda und Bobadilla ist an drei Stellen durchbrochen. In Herrera erkrankten über 80 Personen. Die Oliven- und die Mandarnte ist vernichtet.

Zu der Pest haben nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ in der Stadt Bombay in der letzten Woche 149 Personen gegen 170 in der vorhergehenden, in den Bezirken dagegen erhob sich die Zahl der Todesfälle bis auf nahezu 9000. Vier Todesfälle kamen in Kanak, zwei in Kalkutta, zwölf in der Präsidenschaft Madras, acht in der Stadt Bangalore.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 23. September 1898.

Diejenigen Parteigenossen,

welche Landtagswähler und in der Lage sind, als Wähler zu kandidiren, aber ihre Anmeldung dazu an das Wahlkomitee noch nicht gemacht haben, werden hiermit dringend ersucht, das Versäumte nunmehr eifrig nachzuholen.

Das Wahlkomitee.

J. A. Julius Bruhn.

Die Landtagswahlen in Breslau.

Die hiesigen Konservativen beider Schattirungen sind eifrig bemüht, mit den Nationalliberalen oder, wenn sich dies Bündniß nicht verwirklichen sollte, mit dem Centrum zusammen die drei Breslauer Landtagsmandate zu erringen. Da die Nationalliberalen bezüglich der Kandidatur des von den Freikonservativen vorgeschlagenen Stadtverordneten John sich bedehntig stellen, scheint das gemeinsame Vorgehen der konservativen und liberalen Brüder ein wenig gefährdet und die Konservativen versuchen nun, mit dem Centrum zu liebäugeln. Die „Freisinnige Zeitung“ des Herrn Eugen Richter schildert die Situation wie folgt:

In Breslau ist man nicht wenig gespannt auf das Verhalten der Nationalliberalen bei den Landtagswahlen. Bekanntlich wird die Stadt Breslau gegenwärtig durch drei freisinnige Abgeordnete vertreten. Eine Verdrängung derselben durch konservativ oder freikonservativ Abgeordnete würde diejenige konservative Mehrheitsbildung im Abgeordnetenhaus geradezu begünstigen, welche der nationalliberalen Wahlauftritt fernhalten will. In einer Versammlung des „Neuen Wahlvereins“, welcher im Wesentlichen die Freikonservativen in Breslau umfaßt, theilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand des nationalliberalen Wahlvereins, wenn auch nicht mit Einstimmigkeit, die konservativ Kandidatur John abgelehnt habe. Jetzt habe noch die Generalversammlung der Nationalliberalen zu entscheiden. Wenn die Nationalliberalen der Kandidatur der anderen Vereine müßten frei sein von „reaktionären Bestrebungen“, so sei dies zurückzuweisen. Was sei denn „reaktionär“? Welche Definitionen würden hier die Konservativen, welche die Nationalliberalen geben. Die beiden rechtsstehenden Parteien würden jedenfalls einen nationalliberalen Kandidaten, ob er auch links stände, annehmen. Daß ein Abkommen der Nationalliberalen mit den noch weiter links stehenden Parteien angestrebt werde, bestreite man auf nationalliberaler Seite. Der Neue Wahlverein wolle trotz der Ablehnung der Kandidatur John die dritte Kandidatur zunächst noch offen halten.

Ein Geheimrath Gasse erörterte in der Versammlung die eventuelle Stellungnahme zum Centrum. Bei den Wahlen von 1888 sei es doch nur mit Hilfe des Centrum gelungen, den Freisinn zu besiegen. Redner für seine Person würde einen Kompromiß ad hoc mit dem Centrum und eine Centrums-Kandidatur in Breslau für den Fall des Abspringens der Nationalliberalen nicht von der Hand weisen. Professor Seyler theilte hierauf mit, daß eine Erörterung dieser Frage in den Vorständen der beiden verbündeten Vereine Rathgefunden habe, daß man aber zu einem Entschlusse nicht gekommen sei. Die Konservativen wöllen offenbar die Nationalliberalen zum Anschlag bestimmen durch die Drohung, daß sie im anderen Falle das dritte Mandat der Centrumpartei abtreten würden, welches sie sonst den Nationalliberalen vorbehalten wollen. Mögen nun die Konservativen mit dem Centrum oder mit den Nationalliberalen in der gedachten Weise pattiren, in jedem Falle würde durch einen solchen Pakt die konservativ Seite des Abgeordnetenhauses um zwei Mandate verärthet werden.

Natürlich hoffen die Freisinnigen immer noch, daß die Nationalliberalen sich von den Konservativen nicht gewinnen lassen, sondern in letzter Linie doch für die „weiter links stehenden Parteien“, d. h. für den Freisinn beider Richtungen Rinnen und damit die etwaige, sehr unliebsam empfundene Unterstützung durch die Sozialdemokraten unnöthig machen werden. Die Sache kann gewiß noch recht interessant werden.

*** Stadtverordneten-Versammlung.**

Ueber die gestrige Sitzung ist nicht viel zu berichten, denn die Vorlagen, die in verhältnismäßig kurzer Zeit Erledigung fanden, waren meist wenig wichtiger Natur. Unter Bezugnahme auf die Mehrausgaben bei der Schlachthofsverwaltung in Höhe von 93,557,79 Mark empfahl der Stadtverordnete Krebs dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung größere Sparsamkeit. Dem Redner erwiderten der Oberbürgermeister und die Stadtverordneten John und Schlegler, daß die fraglichen Mehrausgaben durch notwendige Reuanlagen und Erweiterungsbauten entstanden seien. Von der neuen Bezirkseinteilung für die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen wurde lediglich Kenntniß genommen. Die Vorlage des Magistrats, einen Theil der Grundstücke Schmiedebäude 30, 37 und 38 für 115 Mark zur Verbreiterung der Schulbrücke anzukaufen, war den Ausschüssen IV und V zur Vorberathung überwiesen worden. Dieselben empfahlen, die Magistratsanträge zu genehmigen und den Magistrat zu ermächtigen, behufs Ermöglichung einer ferneren Verbreiterung der Schmiedebäude um 2-4 Meter von dem Verkäufer weitere Terrainsflächen zu gleichem Preise zu erwerben. Nach lebhafter Debatte gelangten die Ausschussträge zur Annahme. Ebenso wurde die Vorlage betr. die Errichtung einer Feuerwache in Böpelwitz genehmigt. Nach der Wahl des Stadtverordneten Beyer als Vizepräsident und dreier Mitglieder für den Ausschuß I (Wahl- und Verfassungs-Angelegenheiten) erreichte die öffentliche Sitzung ihr Ende; die Versammlung verhandelte darauf hinter verschlossenen Thüren.

*** Achtung Töpfer!**

Sonntag Vormittag findet in Gallmann's Brauerei eine öffentliche Versammlung der Töpfer und Berufsgenossen statt, in welcher Tarifangelegenheiten zur Verhandlung kommen. Es ist deshalb ein zahlreicher Besuch der Versammlung zu erwarten.

Die Klage der Stadtgemeinde Breslau gegen den Reichspostfiskus wegen Ueberschreiten von öffentlichen Straßen durch Telegraphen- und Fernspreitleitungen beschloß am Mittwoch das Reichsgericht als letzte Instanz, nachdem der vom Minister des Inneren und der öffentlichen Arbeiten erhobene Kompensationsanspruch für unbegründet erklärt worden war. Das Breslauer Oberlandesgericht hatte dahin erkannt, daß ohne Zustimmung der Stadtgemeinde die Telegraphenleitung nicht als Recht habe, über öffentliche Straßen Drahre zu legen. Das Reichsgericht wies nun die Revision des Reichspostfiskus kostenpflichtig zurück.

Nachmals die Wahllokale vor Gericht. Gegen 29 Zeitungsblätter der verschiedenen Parteien ausschließlich der konservativen, hatte das hiesige Amtsgericht je ein Strafmandat in Höhe

